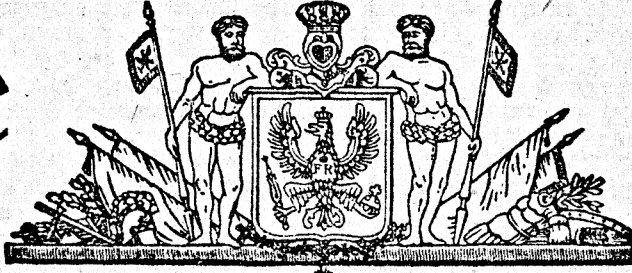


Wossische



Zeitung

Begründet

1704

Einzelne Nummer

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

30 Pfennig

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): i. V.: Dr. Edwards, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

Japan und die Washington-Konferenz.

Zurückhaltung in Tokio.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

14 London, 15. Juli.

Nunmehr ist auch, wie aus Washington gemeldet wird, die erwartete japanische Antwort dort eingelaufen. Sie erklärt, daß Japan die Einladung zu einer Diskussion über die Rüstungsbeschränkung annehme, schweigt aber vollkommen über die geplante Konferenz zur Beratung der Fragen des fernen Ostens. Trotzdem diese Formulierung der Antwort in einzelnen Kreisen als eine indirekte Absage bezüglich der amerikanischen Pazifikvorschläge angesehen wird, besteht in Kreisen der Regierung doch die Hoffnung, daß Japan auch an diesem Teil der Beratungen teilnehmen wird. Von China ist eine bedingungslos zustimmende Antwort eingegangen.

Reuter meldet aus Washington die Tatsache, daß Japan in seiner Antwort das Problem des fernen Ostens stillschweigend übergehe, wird als ein Hindernis für die Durchführung des Planes angesehen. Eine formelle Einladung wird an Japan wie an die anderen Mächte, die der Anregung uneingeschränkt zugestimmt hätten, gesandt werden, und man glaube in Washington, daß Japan schließlich zustimmen werde, sich an der Erörterung beider Teile des Programms zu beteiligen.

„Times“ zufolge hat die Haltung Japans in China Aufsehen erregt, da man dort glaube, daß Japan nicht wünsche, auf einer internationalen Konferenz Fragen zu erörtern, die es als eine rein japanisch-chinesische Angelegenheit ansehe.

Nach einer „Exchange“-Meldung erklärt das in Tokio erscheinende

Blatt „Nitschi Nitschi“, das japanische Schiffsbauprogramm müsse beibehalten werden, die allgemeine Auffassung gehe dahin, daß Hardings Vorschlag verfrüht sei.

*

Als Vertreter der Union auf der Washingtoner Konferenz werden genannt die Senatoren Root, Lodge, Jayne Hill, Lansing und Bryon. Für die Fragen des Pazifischen Ozeans außerdem Thomas Lamont, General Bliss, Admiral Benson, General Pershing und Walter Rogers.

Die italienische Regierung ließ den Präsidenten Harding wissen, daß sie seine Einladung annehme und ihn zu der glücklichen Idee einer Abrüstungskonferenz beglückwünsche. Belgien hat nach einer Mitteilung des Staatsdepartements, gleichfalls die Zusage gegeben, an den Konferenzen teilzunehmen. Dieser Vorschlag wird angenommen werden, falls die anderen Staaten ihre Zustimmung geben. Da Holland ebenfalls im fernen Osten Interesse besitzt, wird es im Staatsdepartement nicht für unwahrscheinlich gehalten, daß auch Holland um die Zulassung zu den Konferenzen ersuchen wird.

London, 14. Juli. (W. E. B.)

Anlässlich der Eröffnungssitzung der Reichslandwirtschaftskongress hielt der erste Minister von Australien Hughes eine Rede, in der er u. a. sagte: Während des Krieges sei Großbritannien 90 Tage von einer Hungersnot entfernt gewesen. Es sei zu bedauern, daß keine Politik verfolgt werde, die zielbewußt darauf hinarbeite, den Güteraustausch innerhalb des Reiches zu entwickeln.

Lloyd Georges Rechenschaftsbericht.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

14 London, 15. Juli.

In den Kreisen, die Lloyd George nahesteht, hatte man gestern erwartet, daß der Premierminister bei einem Bankett der Koalitionsliberalen eine sehr wichtige Rede halten würde. In letzter Minute teilte Lloyd George schriftlich mit, daß die Konferenz mit De Valera seine ganze Zeit in Anspruch genommen habe und da die Beratungen heute vormittag fortgesetzt werden sollten, so müßte er den Abend über mit seinen Ministerkollegen konferieren. Inzwischen erschien der Premierminister zu später Nachtstunde doch noch und hielt eine Rede, in der er zunächst auf die Parteiführer der letzten Zeit anspielte. Er sagte u. a.: Ich bin erfreut, daß ich noch so viel liberale Freunde habe. Wenn ich manchmal die Zeitungen las, verstand ich gar nicht, wo alle die Liberalen hingekommen sein sollen. Man hat mir erzählt, sie gehörten alle zu der Unabhängigen Liberalen Partei, aber 24 Ersatzwahlen haben im letzten Jahre in demokratischen Wahlkreisen stattgefunden und von diesen haben die Unabhängigen Liberalen keine einzige gewonnen. Wir haben den großen Krieg für die Freiheit durchgeführt, wir haben die größten Schwierigkeiten gehabt, den Frieden der Welt zu sichern. Es war Pflicht jeder Partei und jeder Person, die Welt wieder in Ordnung zu bringen und die Menschheit zu unterstützen, die Folgen der Kriegsverwüstungen zu übersteuern. Es war Pflicht aller Männer und Frauen, ihr Bestes dafür herzugeben, und sie haben ihre Pflicht erfüllt. Wir stehen jetzt im fünften Jahre dieser Regierung. Das ist ein kritisches Jahr. In dem Leben jeder Regierung ist es die Zeit, in der sich die Reaktion gegen die Regierung bemerkbar macht. Aber es ist bemerkenswert, daß gerade in diesem Jahr 17 Ersatzwahlen von den Regierungsparteien gewonnen worden sind. Es spricht für diese Regierung, daß sie trotz der größten Schwierigkeiten, die jemals eine Regierung zu bekämpfen gehabt hat, trotz der ungeheuren Arbeitsunruhen infolge des Krieges, keine wirkliche Oppositionspartei gefunden hat, die durchaus allgemeine Wahlen verlangt, um die Regierung zu stürzen. Dies ist ein Beweis für unser Verantwortlichkeitsgefühl. Ich kann das in der industriellen Welt sehen. Einige unserer größten Wirtschaftsunruhen sind in den letzten Wochen beigelegt worden, Unruhen, die das Wirtschaftsleben des Landes bedroht und seinen Handel geschädigt haben.

Weiter begrüße ich auch den **Friedensschluß mit Irland**. Aber je weniger ich darüber sage, um so besser. Sie dürfen nicht verfallen, mich zu Indiskretionen zu verleiten. Devalera, der Führer der großen Majorität Irlands, ist heute mit mir in einer dreistündigen Konferenz zusammen gewesen und hat die verschiedenen Vorschläge, die für eine Beilegung des langen Streites zwischen England und Irland vorgeschlagen worden sind, diskutiert. Ich kann nur sagen: ich bin sicher, daß wir beide unser Bestes getan haben, um den Frieden zu sichern. Darüber hinausgehen würde nicht klug für mich sein, weil wir beide unsere Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Lloyd George sprach dann von der Einladung, die der Präsident der Vereinigten Staaten an die Großmächte gesandt habe, um die Fragen des Stillen Ozeans, des künftigen Weltfriedens und der Abrüstung zu besprechen. Diese Fragen enthalten, wie Lloyd George betonte, alle Möglichkeiten eines Konfliktes, und alle betroffenen Nationen hätten klug daran getan, die Fragen miteinander zu besprechen, bevor der Konflikt entstehen könnte. England habe sofort erfreut die Gelegenheit benützt, um die Einladung anzunehmen, und er hoffe bestimmt, daß die Konferenz zu einem größeren Resultat führen werde, als nur zu leeren Resolutionen zugunsten der Abrüstung. Er hoffe vielmehr, daß die Konferenz zu einer wirklichen Verständigung und zu einem wirklichen Arrangement führen werde, so daß die Rüstungen innerhalb unschädlicher Grenzen gehalten werden könnten.

*

Die Beratungen zwischen Lloyd George und Devalera dauerten bis in die späten Nachtstunden. Ein offizieller Bericht, der im Anschluß daran ausgegeben wurde, stellt fest, daß niemand außer den beiden Staatsmännern an der Konferenz teilgenommen hat. Es war eine freie Aussprache über alle mit der irischen Frage zusammenhängenden Probleme. Die Beratungen werden heute vormittag fortgesetzt. Ein Teil der Iren, die Devalera bei der Ankunft begrüßt hatten, harrete die ganze Zeit auf der Straße und betete kniend einen Rosenkranz nach dem anderen für den Frieden zwischen den beiden Ländern.

Briands Antwort an Schiffer.

Drahtmeldung der „Wossischen Zeitung“.

* Paris, 15. Juli.

Ein Vertreter des „Petit Parisien“ hatte gestern eine Unterredung mit dem Ministerpräsidenten Briand über die Rede, die der deutsche Justizminister Schiffer am Dienstag im Demokratischen Klub in Berlin gehalten hat. Briand sagte folgendes: Die Erklärung Schiffers hat mich keineswegs aufgeregt. Ich bedauere, daß Herr Schiffer durch die von ihm ausgeübte Funktion in die grausame Notwendigkeit versetzt ist, den ständischen Freispruch des Leipziger Gerichtshofes in Schutz zu nehmen, im Falle Stenager sowohl wie in den vorhergehenden Urteilen, die Entzündung in Belgien und Großbritannien hervorgerufen haben. Immerhin ist es erfreulich, daß Herr Schiffer durch seine Funktion sich nicht gleichgültig in die Notwendigkeit versetzt gesehen hat, die unqualifizierbaren Manifestationen einer groben Menge gegen die Delegierten zu entschuldigen, die Frankreich nach Leipzig entsandt hatte. Wenn man in deutschen Zeitungen von fortgesetzten Provokationen liest, wenn man das traurige Vorkommnis kennt, das sich soeben in Oberschlesien zugetragen hat, kann niemand darauf verfallen, daß es Frankreich sei, das sich bestrebe, den Haß aufleben zu lassen oder den Augenblick weiter hinauszuschleppen, wo es den beiden Völkern möglich ist, normale Beziehungen wieder aufzunehmen. Wie dem auch sei, ich hoffe, daß die Zurückziehung der Älten und die Rückberufung unserer Delegierten zum mindesten den Erfolg haben wird, unseren Freunden und den Delegierten, die in Leipzig geblieben sind, den Nutzen einer besseren Justiz einzutragen und dies wäre schon etwas.

Studentenschaft und Großdeutschland

Von
Dr. Wilhelm Mommsen.

Die deutsche Studentenschaft hat nach dem Zusammenbruch des alten Reiches mit besonderer Wärme den großdeutschen Gedanken aufgenommen und versucht, über die staatlichen Grenzen hinweg Wege zu gemeinsamer Arbeit mit den deutschen Studenten in Deutschösterreich und der Tschechoslowakei zu finden. Dieses Streben muß zweifellos warm begrüßt werden, aber die Wege, die die alte deutsche Studentenschaft gegangen ist und anscheinend weitergehen will, um das Ziel zu erreichen, sind geeignet, das Gegenteil von dem herbeizuführen, was man will, und dem großdeutschen Gedanken zu schaden, anstatt ihm zu nützen.

Während im Deutschen Reich sich die Studentenschaften nach dem national-kulturellen Prinzip zusammenschließen, sind aus Deutschösterreich und dem Sudetenland an der gemeinsamen Arbeit der „Deutschen Studentenschaft“ nicht alle Studenten deutscher Kultur und Muttersprache beteiligt, sondern nur diejenigen, die in den deutsch-österreichischen Studentenausschüssen Deutschösterreichs und des Sudetenlandes zusammengeschlossen sind. Es sind dadurch tatsächlich alle Studenten, die nicht auf völkischem Standpunkt stehen, von der gesamtdeutschen studentischen Arbeit ausgeschlossen, und trotz allen Bemühungen ist es nicht möglich gewesen, die „national-freieitlichen“ Studentenausschüsse Deutschösterreichs und des Sudetenlandes in die deutsche Studentenschaft aufzunehmen, obwohl diese mindestens ebenso warme Befürworter des großdeutschen Gedankens sind wie die deutsch-österreichischen Studentenausschüsse.

Während im Deutschen Reich die Studentenschaften staatlich anerkannt sind — nur im Ordnungstaat Bayern hat man noch keine Zeit dazu gehabt, ein Studentenrecht zu schaffen — sind in Deutschösterreich und in der Tschechoslowakei die deutsch-österreichischen Ausschüsse weder von ihren Regierungen noch von den Hochschulbehörden als Vertreter der deutschen Studentenschaft anerkannt und haben auch keinerlei Aussicht, diese Anerkennung zu erlangen. Denn sie sind nicht Vertreter der gesamten deutschen Studentenschaft ihrer Hochschulen, sondern nichts weiter als eine bestimmte studentische Partei, die sich allerdings ganz unberechtigt mit der Gesamtheit der deutschen Studentenschaft zu identifizieren pflegt, was auf dem Erlanger Studententag auch ein völkischer Vertreter den österreichischen „Deutsch-Öriern“ mit aller Deutlichkeit vorwarf.

Die Folgen dieser Zustände an den Hochschulen Deutschösterreichs und des Sudetenlandes für die Arbeit und die Organisation der deutschen Studentenschaft sind in den Hochschulblättern der „Wossischen Zeitung“ mehrfach dargelegt worden. Diese Zustände haben aber auch eine sehr ernste politische Bedeutung für die Zukunft des großdeutschen Gedankens, auf die einmal mit aller Deutlichkeit hingewiesen werden muß.

Dr. Benedek, der frühere Vorsitzende der „Deutschen Studentenschaft“ bezeichnete auf dem Erlanger Studententag die Folgen der Haltung der deutsch-österreichischen Studentenausschüsse Deutschösterreichs und des Sudetenlandes als antinational — und mit Recht. Am kräftigsten zeigt sich das in der Tschechoslowakei. Während sich dort die deutschen politischen Parteien zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen haben, lehnen die deutsch-österreichischen Studenten diese Einheitsfront ab und halten es für nötig, die schwere Lage der deutschen Studenten in der Tschechoslowakei durch einen erbitterten Kampf gegen ihre deutschen „national-freieitlichen“ Volksgenossen zu erschweren. Die Ausführungen, die ein Vertreter der national-freieitlichen Studentenschaft aus Prag darüber vor dem Hauptauschuß des Erlanger Studententages machte, dürften ihren Eindruck selbst bei zahlreichem Vertretern der völkischen Anschauungen nicht verfehlt haben.

Es ist in Deutschland und bei der reichsdeutschen Studentenschaft leider nicht genügend bekannt, daß die Stellung der deutsch-österreichischen Studentenschaft allein auf einer Art Terror gegen politische Andersdenkende beruht, und daß, wie schon erwähnt, ihnen jegliche Anerkennung durch den Staat oder die Hochschulbehörden fehlt. Außerdem gewährleistet die Art, wie die Zugehörigkeit zu den deutsch-österreichischen Studentenschaften erworben wird, noch keineswegs ihre „rasiererne“ Zusammensetzung in deutsch-österreichischem Sinne. Es handelt sich bei diesen deutsch-österreichischen Studentenausschüssen tatsächlich um nichts anderes als die private Organisation einer bestimmten politischen Richtung innerhalb der deutschen Studentenschaft.

Es braucht nach diesen Ausführungen nicht des näheren bewiesen zu werden, daß die Mitarbeit dieser deutsch-österreichischen Ausschüsse und ihrer Vertreter in der deutschen Studentenschaft alles andere als eine Förderung des großdeutschen Gedankens bedeutet. Sie vertreten weder die Stimmungen und Gefühle des deutsch-österreichischen Volkes, noch sind sie die alleinigen Vertreter der großdeutschen denkenden Studentenschaft ihrer Hochschulen. Durch den Ausschluß der national-freieitlichen Studenten-Ausschüsse von der „Deutschen Studentenschaft“ werden vielmehr zahlreiche Vorkämpfer der großdeutschen Bewegung vor den